Bezugs-Preis

in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.

Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 248. **Sonntag** den 17. Mai 1896. **90. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Ω. Der **Reichstag** geht jedenfalls Mitte dieser Woche in die Ferien und noch ist das Programm für den Sommer-Abschnitt der Tagungen nicht fest bestimmt. Es werden ernste Anstrengungen, es so zu gestalten, daß das **Bürgerliche Gesetzbuch** noch vor dem Herbst verabschiedet werden kann, nicht nur von der Regierung, sondern auch von einzelnen Parteien, der nationalliberalen voran, gemacht. Aber principielle Abneigung gegen das Werk, die Unlust, bis in den Hochsommer hinein zu arbeiten, und die liebe Juristeneitelkeit, die noch recht lange, möglichst bis zum Sommer künftigen Jahres, ihr Licht über diesen Gegenstand leuchten lassen möchte, bilden einen gefährlichen Dreibund gegen die Vollendung in diesem Jahre. Ihr Sieg ist wahrscheinlicher als das Gegentheil.

Während vom Reichstag wenigstens so viel gewiß ist, daß er nach Pfingsten wieder zusammentritt, weiß man heute noch nicht, ob das **preußische Abgeordnetenhaus** geschlossen oder ebenfalls nur über das Fest vertagt werden wird. Wie es heißt, wird das Staatsministerium morgen darüber Beschluß fassen. Bekanntlich ist die glorioſe Idee aufgetaucht, das Abgeordnetenhaus wieder zusammentreten zu lassen, auf daß die Mitglieder des Reichstags, die ihm angehören, in den dort gewährten Diäten einen Anreiz finden möchten, hier den Sitzungen anzuwohnen. Der Plan hat eine moralische Seite, über die aber schonungsvolles Schweigen beobachtet sein mag. Er taugt aber auch praktisch nichts. Man hat gegen ihn eingewendet, daß es nicht in der Ordnung sei, wenn nur die preußischen Reichstagskinder Aepfel bekommen, damit sie hübsch zu Hause bleiben. Dem ist beizustimmen. Wenn noch weiter gesagt wurde, die Regierung würde, indem sie Reichstagsabgeordnete durch preußische Diäten an Berlin „fesselte", anerkennen, daß mit der Diätengewährung die Präsenz- oder richtiger die Absenzfrage des Reichsparlaments gelöst sein würde, so ist das freilich nicht richtig. Es würde sich vielmehr herausstellen, daß die Tagegelder nichts nützen. Das preußische Abgeordnetenhaus erweist sich oft genug beschlußunfähig und würde sich noch öfter so erweisen, wenn man sich hier nicht viel weiter gehende Zurückhaltung im Anzweifeln der Beschlußfähigkeit auferlegte, als im Reichstage. Das macht, die preußischen Abgeordneten erhalten die Diäten, auch wenn sie nicht den Sitzungen des Hauses beiwohnen, und da man sie ihnen natürlich noch weniger abziehen kann, wenn sie den Berathungen eines anderen Parlaments fern bleiben, so hat der schöne Plan keinen anderen Werth als den eines Kriteriums für den Geschichtschreiber des Parlamentarismus am Ausgang des 19. Jahrhunderts.

Die morgen im Reichstag beginnende erste Berathung über die **vierten Bataillone** wird mit der Verweisung der Vorlage an eine Commission enden, so daß die zweite Lesung erst nach Pfingsten stattfinden kann. Das Verfahren ist unnöthig, denn technisch und finanziell liegt die Sache sonnenklar, und es ist bedauerlich, weil es die unfruchtbaren Preßerörterungen über die Verkoppelung der Frage der Reform des Militairstrafverfahrens und der zweijährigen Dienstzeit mit der Formationsangelegenheit um Wochen verlängert. Der endgiltige Beschluß des Reichstags wird aber ohne Zweifel der von Vernunft und Gewissen gebotene sein.

Das Urtheil im Stolper **Bernsteinmonopol-Proceß** ist gesprochen und lautet so, wie es nach den Berichten zu erwarten war. Haben die Letzteren nun auch ein im Ganzen nicht unzutreffendes Bild der Verhandlungen gegeben, so wird doch erst die Kenntniß des Wortlautes eine den verschiedenen Fragen, die der Proceß aufwirft, gerecht werdende Betrachtung ermöglichen. Der Kläger ist verurtheilt, soviel kann schon jetzt gesagt werden, aber das Maß seiner — moralischen — Schuld wird sich erst schätzen lassen, wenn man weiß, zu welcher Ueberzeugung das Gericht hinsichtlich der — mehr noch vom Kläger Becker als dem Beklagten Westphal — gegen Staatsbeamte geschleuderten Anklagen gelangt ist.

„**Opal**" — was ist Opal? Unsere Gewerbetreibenden verrathen eine feine Kenntniß der Menschenseele, indem sie dafür sorgen, daß ein großes Unbekanntes zuerst auftaucht, ohne sein Wesen zu offenbaren, dann häufig aber flüchtig den Mantel lüftet, ohne seine Art wahrnehmen zu lassen, und so am Ende die volle Erkenntniß eine hochgespannte Wißbegierde befriedigt. Herr Eugen Wolf, der in Afrika Gewesene, ist zum Aretzten dieser Kunst, die Aufmerksamkeit zu erregen, geworden. Er hat vor geraumer Zeit in einer Berliner Zeitung erklärt, er wisse etwas Schlechtes von dem nach Ostafrika entsandten Lieutenant Werther. Darauf lange Kunstpause. Jetzt drei und eine halbe Spalten mit viel Durchschuß und Fettschrift — ein mit Druckerschwärze hergestelltes Sonnensystem, in dem sich Alles um Herrn Eugen Wolf dreht und auf weitere erschütternde Lüftheilungen vertröstet wird. Aus dem Klatsch über Lieutenant Werther geht Greifbares kaum hervor. Er soll auf einer früheren Expedition ohne Noth „Krieg gemacht" haben, aber es wird nicht bewiesen, daß er in der That den Gebrauch der Waffen hätte vermeiden können. Dann soll Werther Frauen und Kinder von Eingeborenen mit sich fortgeführt und einmal seine Karawane im Elend verlassen haben. Die beiden letzteren Angaben wären ernst zu nehmen, wenn die ganze Redeweise des Erzählers nicht den Eindruck hervorbrächte, daß es ihm um nichts Anderes zu thun sei, als sich selbst in Scene zu setzen. Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß Opal das beste Fleckenwasser der Welt ist, was aber Herrn Eugen Wolf angeht, so können wir uns einen besseren Gewährsmann über afrikanische Dinge vorstellen.

Deutsches Reich.

□ **Berlin**, 16. Mai. Auf dem zweiten **Congreß der socialistischen Gewerkschaften Deutschlands**, der vor Kurzem hier abgehalten worden, hatte der Einberufer desselben, Reichstagsabgeordneter Legien, mitgetheilt, daß außer einem Vertreter der österreichischen Gewerkschaften auch die Franzosen Delegirte gesendet haben würden, wenn sie die Einladung zum Congreß nicht zu spät erhalten hätten. Wie nun der „Socialist" mittheilt, hat die Fédération des Bourses du travail de France et des Colonies an den Congreß ein vom 2. d. M. datirtes Schreiben abgesandt, das zweifellos in die Hände des Abgeordneten Legien, gewesenen Präsidenten des Congresses, gelangt, von diesem aber — verloren worden ist. Die genannte Föderation erklärt in dem Schreiben, daß sie, um sich vertreten zu lassen, die Einladung zu spät erhalten habe. Ueber ihre Gesinnung und ihre Ziele, die sie erstrebt, läßt sie sich folgendermaßen aus: „... Während die Vereinigung der Arbeitsbörsen von Frankreich, die revolutionair, communistisch und staatsfeindlich ist, gegen den Patriotismus kämpft, verkündet sie die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation zu einem doppelten Zweck: 1) Um einem Generalstreik in den für die Existenz der Nationen wichtigsten Industriezweigen die Wege zu bahnen, einem Streik, der schließlich die Capitalistenclasse zur Verzweiflung bringt. 2) Um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, nach erfolgter Umwälzung die Production zu organisiren, ohne eine Centralgewalt nöthig zu haben, die unter dem Deckmantel einer „rein verwaltenden Controle" die schon zerstörte Autorität wieder herstellen würde. Genossen! Die Arbeitsbörsen Frankreichs haben dieses Programm nicht gleich am Tage ihrer Entstehung aufgestellt. Sie haben lange geglaubt, das einzige Mittel, um die Umgestaltung der Gesellschaft ins Werk zu setzen, sei die systematische Eroberung der öffentlichen Gewalten. Heute bekennen sich noch einige (vier oder fünf) bald zu dieser Meinung. Aber die große Mehrheit ist durch den fortwährenden Bankerott des Parlamentarismus eines Besseren belehrt worden und hat sich endlich zum wirthschaftlichen Kampf entschlossen und, ohne aufzuhören, dem Staat, um ihn zu schwächen, möglichst viele Reformen zu entreißen, sich auf die wirthschaftliche Schlacht vorzubereiten, die die Schmarotzer der Arbeit unschädlich machen wird durch das Aufhören der Arbeit selbst. Diese Ideen, die vor Euch zu erklären einzig der Mangel an Zeit uns gehindert hat, wird die Vereinigung der Arbeitsbörsen Frankreichs auf dem Londoner Internationalen Congreß darlegen, und da sie die Hoffnung hat, Euch da vertreten zu sehen, legt sie Eurer Prüfung den folgenden Plan vor: Aus Sparsamkeitsgründen und um die wechselseitigen Beziehungen der Arbeiter aller Länder zu erleichtern, soll an demselben Ort und zur selben Zeit, wo jeweils der internationale Congreß der Arbeitervereine und politischen Gruppen stattfindet, ein internationaler Congreß von jeder einzelnen Branche stattfinden. ..." Dieser anarchistische Erguß der französischen Gewerkschaften berechtigt zu der Annahme, daß die Marxisten auf dem internationalen „Arbeiter"-Congreß in London mit ihren Gegnern nicht so leicht werden fertig werden wie auf dem Züricher Congreß, zumal da es bereits fest steht, daß die anarchistisch-communistische Richtung diesmal sehr stark vertreten sein wird.

C. H. **Berlin**, 16. Mai. In Versammlungen der Schneider und der Schneiderinnen ist festgestellt worden, daß stellenweise die jetzigen Lohnsätze niedriger sind, als vor dem Streik, und die Lage der Mäntelnäherinnen und anderer Arbeiterinnen in der Herren-Confectionsbranche viel trostloser ist, als vor der Frühjahrsbewegung. An einen neuen Streik ist nach Lage der Verhältnisse kaum zu denken, die bürgerlichen Kreise, die sich um den Professor Schmoller, den Pfarrer v. Soden und den Generalsuperintendenten Faber gruppiren und wesentlich bei dem letzten Streik in vermittelndem Sinne thätig gewesen sind, widerstreben einem neuen Streik mit allen Kräften. Der Führer der ganzen Bewegung, Timm, weiß auch sehr wohl, daß er ohne die Sympathie der human denkenden bürgerlichen Gesellschaft nichts durchsetzen kann; die pecuniäre Unterstützung der Socialdemokraten reichte noch nicht aus, um die Streikenden einen Tag über Wasser zu halten. Der Geschäftsgang in der Confection ist zur Zeit ein ganz gewaltiger; die Frühjahrssaison ist zwar vorbei, aber die Herbstsaison erfordert die umfassendsten Vorbereitungen. Die Herbstlager der vorigen Saison sind ausnahmsweise geräumt, und mit großer Bestimmtheit erwartet man ein blühendes Herbstgeschäft. Massenhafte Bestellungen liegen bereits aus dem Auslande, namentlich aus England vor, eine einzige englische Firma hat 7000 Mäntel in Auftrag gegeben. Nächst England ist es Amerika, das unseren Confectionairen Aufträge ertheilt, und neue Absatzgebiete sind in Schweden und Rumänien erschlossen. Aber während die Confectionaire auf große Einnahmen rechnen dürfen, müssen die armen Arbeiterinnen weiter darben. Nach den neuesten Aufstellungen nimmt man an, daß in der gesammten Confection 200 000 Personen in Berlin thätig sind, der Gesammtlohn wird auf 100 000 000 Mark geschätzt, es kommen also auf einen Arbeiter resp. eine Arbeiterin 500 ℳ im Jahr, also eine Summe, die zum Leben nicht ausreichend ist. Die Herrenconfectionaire, die bekanntlich von den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Bedingungen zurückgetreten sind, stützen sich in erster Linie darauf, daß sie damals ihre Calculationen bei den Sommer- und Herbstgeschäften bereits gemacht und zwar auf Grund der alten Löhne; der neue Lohntarif sei viel zu spät gekommen und könne deshalb nicht anerkannt werden. Das dürfte im Großen und Ganzen doch nicht zutreffend sein; denn zur Zeit der Verhandlungen waren die Reisenden noch nicht auf der Tour. Jene Kreise, die bei dem Streik im Frühjahr so lebhaft für die Mäntelnäherinnen eingetreten sind (Geistliche aller Richtungen und Politiker aller Schattirungen), gehen nun mit der Absicht um, neue Versuche zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in der Confection zu machen. Eine evangelisch-sociale Frauengruppe hat seiner Zeit Tausende von Mark gesammelt und die Bedürftigsten unterstützt; auch eine Betriebswerkstätte ist von dieser Seite eingerichtet worden. Aber das Alles war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Noth ist größer, als je, und erfordert umfassendere Hilfe, sei es mit den Confectionairen, sei es ohne sie.

* **Berlin**, 16. Mai. Die „Nationallib.-Corr." schreibt: „Eben erst werden wir auf einen vor acht Tagen erschienenen Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" aufmerksam gemacht, der sich mit der „Lage der nationalliberalen Partei" und mit der „Nationallib. Corr." beschäftigt. Er liest sich wie die Beschreibung eines fernen Landes, verfaßt von einem Scribenten, der es nie betreten und sich auch nicht die Mühe genommen hat, Andere, die etwas darüber wissen, zu befragen. Eine so umfassende Unkenntniß der Dinge und Personen, wie sie in dieser Zeitungsbetrachtung zu Tage tritt, ist im Kreise auch nur einigermaßen mit Politik vertrauter Leute, auch solcher, die der nationalliberalen Partei ganz fern stehen, nicht zu finden. Die gegnerische Presse, sonst sehr bereit, Ungünstiges über diese Partei zu verbreiten, hat denn auch, so weit wir sehen können, von den Offenbarungen der „Rh.-Westf. Ztg." keine Notiz genommen, vermuthlich weil ihr der Ehrgeiz fremd ist, in den Ruf einer Publicistik zu gerathen, die Offenkundiges nicht weiß und Lächerliches behauptet. Wir empfinden nicht das Bedürfniß, die falschen Vorstellungen des Essener Blattes zu berichtigen, wollen aber zur Kennzeichnung der Anstrengung seiner Unkenntniß und Leichtfertigkeit einige Puncte hervorheben. So wird erzählt, der Abg. Dr. Hammacher habe, als „Führer der freihändlerischen Gruppe in der Partei", in einer Fractionssitzung den Antrag gestellt, die Vertreter der Partei in der Commission für das Börsengesetz abzuberufen. Das ist weder durch Dr. Hammacher, noch durch ein anderes Fractionsmitglied geschehen. Weiter wird behauptet, „Herr Dr. Hammacher und dessen Freunde" hätten vor der Abstimmung über das Verbot des börsenmäßigen Getreideterminhandels den Sitzungssaal des Reichstages verlassen. Auch das ist unwahr. Kein einziges Mitglied der nationalliberalen Partei hat sich vor der Abstimmung entfernt. Der Abg. Dr. Hammacher war in der betreffenden Sitzung gar nicht anwesend gewesen und dies aus Gründen, die mit der Entscheidung über den Terminhandel außer allem Zusammenhang standen. Eine dritte Unrichtigkeit der „Rh.-Westf. Ztg." legt Zeugniß von deren beinahe imponirender Ungenauigkeit im Behaupten ab. Das Blatt theilt als etwas „höchst Befremdliches" mit, die „Nationalliberale Correspondenz" habe sich nicht gescheut „in einem Artikel die Abstimmung der Mehrheit (der nationalliberalen Partei über den Getreideterminhandel) zu bemängeln." In Wahrheit hat die „Nationalliberale Correspondenz" nicht in einem, sondern in mehreren Artikeln den Beschluß der Fraction gerechtfertigt und niemals sich gegen das Verbot des Terminhandels gekehrt. Ihre Auslassungen sind Gegenstand der Kritik anderer, das Verbot mißbilligender Organe geworden, es konnte also ein Mißverständniß nicht entstehen. Angesichts ihrer so beschaffenen Unterlagen wird es die „Rh.-Westf. Ztg." nicht Wunder nehmen, wenn wir uns mit ihren Schlußfolgerungen nicht abgeben. Unsere politischen Freunde in Essen und Dortmund bitten wir aber, wenn sie — wie vorauszusehen — nächstens einmal in diesem Blatte lesen, der Abg. Dr. Hammacher habe die Einführung des Militärsystems oder die „Natlib. Corr." habe die Beseitigung des Jesuitengesetzes empfohlen, bei glaubwürdigen Personen Erkundigungen einzuziehen, ob sich wirklich Derartiges zugetragen hat."

Y. **Berlin**, 16. Mai. (Telegramm.) Prinz **Heinrich von Preußen** trifft heute Nachmittag um 4 Uhr 33 Min. in Berlin ein. Um 7 Uhr 15 Min. Abends setzt er die Reise nach Moskau fort.

C. H. **Berlin**, 16. Mai. (Privattelegramm.) Die vielfach verbreitete Nachricht, daß an zuständiger Stelle die Absicht bestehe, den besoldeten **klinischen Universitäts-Professoren** das Halten von Privatkliniken und die directe oder indirecte Betheiligung an solchen zu untersagen, ist unwahr.

— Der „Leipz. Ztg." wird aus Berlin gemeldet, auf Befehl des Kaisers dürfe die „Kölnische Zeitung" wegen ihrer jüngsten Artikel gegen hochgestellte Personen in des Kaisers Umgebung in den königlichen Schlössern nicht mehr gehalten werden (?).

— In der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung" lesen wir: „Die Reihe von Vorträgen in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin über das Bürgerliche Gesetzbuch schloß am 2. d. Mts. Professor Dr. Strohal aus Leipzig mit einem Vortrag über das Erbrecht des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung der dem Reichstage zugegangenen Vorlage. Redner gab in fesselnder Redeweise einen cursorischen Ueberblick über die erbrechtlichen Principien des Entwurfs, die er als befriedigend bezeichnete, und ging sodann auf die einzelnen erbrechtlichen Bestimmungen ein, wobei er sich meistens mit dem Entwurf einverstanden erklärte und nur hier und da seinen abweichenden Standpunct bei Specialbestimmungen, insbesondere in dem Abschnitte über die Vermächtnisse und das Pflichttheil, betonte und durch Beispiele erläuterte. Zum Schluß hob er hervor, daß er auf alle seine Einwendungen verzichte, wenn der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt Gesetz werde. Die Rechtseinheit sei ein zu kostbares Gut und mit den Mängeln des Gesetzes, die niemals fehlen, werde sich eine aufblühende Rechtswissenschaft und eine gesunde Praxis schon vortrefflich abfinden."

— In einem Leitartikel der „Nordd. Allg. Ztg." gegen die Christlich-Socialen ist zu lesen: „Welcher Gewinn für eine Demagogie, die sich den Mächten der modernen Bildung gegenüber um jeden Preis durchsetzen wollte, wenn es gelang, das Princip der Menschenfreundlichkeit und Barmherzigkeit selbst, wenn es gelang, die christliche Liebe zu „verstaatlichen" und damit zum Hilfsmittel politischer Herrschaftspläne zu machen. Um dies durchzuführen, brauchte es weiter nichts als den Unterschied zu verschleiern zwischen freiwilliger Gabe und gewaltsam entrissenem Raub. Wo es sich um Begriffsverdunkelung in weltlichen Angelegenheiten handelte, hat die Fachgelehrsamkeit des Priesters sich von jeher auf der Höhe der Aufgabe gezeigt."

— Die „Germania" spricht sich mit großer Entschiedenheit gegen die Vertagung der Entscheidung über das Bürgerliche Gesetzbuch aus; sie sagt:

„Der Seniorenconvent schien in der letzten Sitzung, die er abgehalten, dies allgemein als unvermeidlich und unbedenklich anzusehen. Man war der Ansicht, daß die Commission vor Pfingsten die erste, nachher die zweite Lesung, einschließlich der Berichterstattung, fertig stellen, das Plenum aber erst im Spätherbste die zweite und dritte Lesung vornehmen solle. Inzwischen ist nicht blos der Bundesrath gegen diese Geschäftsvertheilung aufgetreten, von Tag zu Tage mehren sich auch im Reichstage die Bedenken dagegen. Vorab aber sind es die Mitglieder der Commission und die maßgebendsten Parteien und Persönlichkeiten in derselben, welche je länger um so entschiedener für die ununterbrochene Lösung der wichtigen Aufgabe eintreten. Es ist zu hoffen, daß auch jetzt noch Widerstrebende die theilweise sehr berechtigten Gründe gegen die dadurch gebotene Verlängerung der Arbeiten in Berlin zurücktreten lassen werden hinter der vollen Erkenntniß der Bedeutung des Werkes und des Vorzuges gerade „dieses Reichstages", dasselbe ohne Aufschub unter Dach und Fach bringen zu können. „Es wächst der Mensch mit seinen größeren Zwecken." Aber auch für die Erfüllung dieser Hoffnung ist unerläßliche Vorbedingung die zuverlässige Gewähr, daß mittlerweile die Berufung in Sessachen nicht, vielleicht auf Nimmerwiedersehen, unter den Tisch falle."

* **Präkelwitz**, 16. Mai. (Telegramm.) Der Kaiser ist heute früh 8 Uhr 10 Min. hier eingetroffen.

-f- **Friedrichsruh**, 16. Mai. (Privattelegramm.) Die Uebergabe des Denkmal-Modells an den Fürsten Bismarck erfolgte mit einer Ansprache des Drosten Balck-Güstrow, der Fürst erwiderte dankend in einer längeren Rede, [illegible] er die guten Beziehungen Preußens zu Mecklenburg, Königin Luise betonte und des seligen Großherzogs gedachte, der ihm immer ein außerordentlich liebenswürdiger Herr gewesen sei. (Wiederholt.)

* **Bremen**, 16. Mai. Die Commission der Bremer Bürgerschaft hat in der Angelegenheit des Krankenhausdirectors Dr. Scholz Bericht erstattet und beantragt, wie wir der „Weser-Ztg." entnehmen, Folgendes:

„Die Bürgerschaft wolle ihrerseits sich mit der Bewilligung eines lebenslänglichen Ruhegehalts für Director Dr. Scholz nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen über das Ruhegehalt der Bremischen Beamten einverstanden erklären; 2) dieselbe wolle dem Antrage des Senats auf Niedersetzung einer Deputation zur Erörterung über die Stellung und Organisation der Krankenanstalt zustimmen."

Die Commissare des Senats erklärten sich mit der Gewährung des Ruhegehaltes einverstanden.

* **Forst i. L.**, 15. Mai. Eine von etwa 1000 Textilarbeitern und -Arbeiterinnen besuchte Versammlung hatte am 20. April d. Js. beschlossen, dem hiesigen Fabrikantenverein folgende Forderungen zu unterbreiten:

1) Die Arbeitsdauer in den Fabriken darf nur in der Tageszeit von früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr festgesetzt werden. 2) In allen Betrieben ist eine 1½stündige Mittagspause einzuführen. 3) In denjenigen Fabriken, wo genießbares Trinkwasser nicht vorhanden ist, hat der Arbeitgeber durch Beauftragte für ausreichend frisches, der Gesundheit unschädliches Wasser während der Dauer der Arbeitszeit Sorge zu tragen. 4) Aufbesserung der Löhne für Strumpfarbeiter, insbesondere der Wollst, Ausputzer, Färberei- und Walkerei-Arbeiter, sowie der Kremplerinnen. 5) Die Herren Arbeitgeber haben streng darauf zu achten, daß sich deren Werkmeister einer humanen Behandlungsweise den ihnen unterstellten Personen gegenüber befleißigen.

Der Fabrikantenverein hat jetzt, wie die „Voss. Ztg." berichtet, beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, den Forderungen unter 1) und 2) stattzugeben. Die übrigen Forderungen wurden den Mitgliedern zur wohlwollenden Berücksichtigung empfohlen.

* **Aus Oberschlesien**, 15. Mai. Ueber die polnischen Hetzereien gegen die deutschen Katholiken in Oberschlesien beschwert sich die klerikale „Schles. Volksztg."; sie veröffentlicht eine Zuschrift, welche wie folgt beginnt: „In welcher Weise die polnischen Hetzblätter zeitweise gegen die deutschen Katholiken vorgehen, zeigen wieder Artikel der „Gazeta Opolska" und des „Katolik". In diesen wird die erste Communion der Kinder besprochen und das Verhalten des Ortspfarrers sowie der Lehrerschaft hiesiger Parochie einer maßlosen Kritik unterzogen. Der Bericht der „Gazeta Opolska" sagt: Während vom Altare nur so das Deutsche floß, kamen vom Chore schreiende, lustige Lieder, welche auf das Volk, das an seine ehrwürdigen, schönen polnischen Gesänge dachte, einen peinlichen Eindruck machten, als wenn man irgendwo, aber nicht in der Kirche sich befände ..." Die „Schles. Volksztg." bemerkt dazu: „Darnach dürften sich Diejenigen, welche so leicht geneigt sind, die Vorgänge in Oberschlesien optimistisch zu betrachten, recht arg getäuscht haben. Wie neben zahlreichen anderen Auslassungen Vorstehendes sattsam beweist, wird die Maulwurfsarbeit gegen die Autorität des oberschlesischen Klerus unentwegt fortgesetzt." — Hoffen werden diese Beschwerden nichts, denn wie auf dem Centrumsjubiläum der Abg. Lieber ausgeführt hat, sind die Polen die besten Freunde des Centrums und verfolgen, wie Fürst Radziwill bestätigte, auch dieselben Grundsätze.

th. **Weimar**, 16. Mai. (Privattelegramm.) Der Geheime Staatsrath von Borberg hat wegen schwerer Krankheit Pensionirung nachgesucht. An Stelle des erkrankten Geheimen Kirchenraths Förtsch ist Superintendent Spinner in Ilmenau für die Generalsuperintendentur des Großherzogthums ausersehen.

* **Aachen**, 15. Mai. Die Gewerbegerichtswahlen ergaben einen Sieg der Christlich-Socialen. (Frkf. Z.)

* **Darmstadt**, 16. Mai. (Telegramm.) Der Großherzog und die Großherzogin sind mit der Prinzessin Elisabeth heute Vormittag nach Moskau abgereist.

* **Aus Württemberg**, 15. Mai. Die Kammer der Standesherren beschäftigte sich jüngst mit der Feuerbestattung. Der Berichterstatter der Commission, Präs. Dr. von Silcher, beantragte, dem die Feuerbestattung befürwortenden Beschlusse der Kammer der Abgeordneten nicht beizutreten. Die Ausführungen des Dr. von Silcher waren durchaus sachlich. Dagegen sprach Fürst Hohenlohe-Jagstberg laut dem „Merkur" sich wie folgt aus:

„Er wolle als Gegner der Feuerbestattung, als Gegner dieser heidnischen Sitte, nur seine Freude darüber ausdrücken, daß im anderen Hause von den Gegnern so wohlbegründet und überzeugungsvoll gegen diese Petition gesprochen worden sei. Seiner Ueberzeugung nach solle man nicht die Leichen, sondern die